

Eine Einschätzung zur aktuellen Lage in Afghanistan und die Perspektive des internationalen Engagements

Von Christoph Reuter, Januar 2009

Afghanistan ist ein Paradoxon: Je mehr Geld die internationale Gemeinschaft ins Land pumpt, je länger die militärische Kampagne andauert, desto schlechter wird die Lage. Jedenfalls in der Gesamtbilanz, nicht in allen Bereichen. Jahr um Jahr seit 2002 sind die Taliban stärker geworden, kontrollieren mittlerweile mehr als die Hälfte Afghanistans. Sie stellen sich keiner offenen Feldschlacht, konfrontieren die ausländischen Nato- und US-Soldaten oft gar nicht mehr, aber terrorisieren die Bevölkerung – oder werden von ihr (jedenfalls im Süden und Osten) geschätzt als Gegner der zunehmend verhassten Besatzer.

Dieses Dilemma hat eine lange Vorgeschichte: Jede auswärtige Nation hat Afghanistan stets als Benutzer-Oberfläche gesehen. Die Sowjetunion wollte in den achtziger Jahren den Kommunismus retten, die USA ihn justamente dort besiegen. Die Nato will heute ihren Zusammenhalt in Afghanistan retten, die USA wollen den Terrorismus dort bekämpfen, Pakistan will ein unkontrolliertes Hinterland haben zur Guerilla-Ausbildung für seinen klandestinen Kleinkrieg gegen Indien.

Die grandiose, seit 160 Jahren gern wiederholte Fehleinschätzung: aus der – ja berechtigten – Annahme, dass die Afghanen in Jahrhunderten keinen vernünftigen Staat geschaffen haben, nun zu glauben, man könne ihnen einen fremden aufzwingen.

Das geht schief, denn noch mehr als gegen ihre eigenen Herrscher haben sich Afghanen stets gegen Fremde gewehrt. Egal, wie gut deren Absichten, egal, wie spendabel deren Regierungen waren. Der afghanische Geist ist einer, der stets verneint. Jede Einmischung von außen, so gut sie auch gemeint sein mag, verändert die innere Machtbalance, ruft stets Gegner auf den Plan, die vom Status quo mehr profitieren als von dessen Veränderung.

Aber auch die Afghanen selber scheinen letztlich keinen Plan zu haben, was sie mit ihrem Land wollen. Der Regierung und den „west-freundlichen“ fehlt: ein gemeinsames Projekt, eine Vorstellung davon, was für ein Afghanistan denn da entstehen soll. Es scheint, als wüssten sie mit ihrer Rolle so recht gar nichts anzufangen. Alle Stämme, Ethnien misstrauen und befehden einander. Fast jeder Minister bereichert sich, wo er kann, die afghanische Armee würde vielleicht kämpfen, wenn ihre Offiziere nicht das Benzin auf dem Schwarzmarkt verhökert hätten...

Eine nationale Vorstellung wird fast ausschließlich von den ausländischen Kräften formuliert. Nato, USA, EU und die übrigen westlichen Einzelstaaten äußern ihre oft wolkenigen Vorstellungen, wie Afghanistan sein, werden sollte. Doch das können sie allein nicht durchsetzen. Das krankt ohnehin an mangelnder Kenntnis und der institutionellen Schwäche, die eigene Sicht und die Wunschvorstellungen als Realität auszugeben.

Bei vielen Afghanen, die mit ausländischen Institutionen kooperieren, hat sich eine Rentiers-Mentalität entwickelt: dass es doch gutes Recht der Afghanen sei, sich alles vom Rest der Welt bezahlen zu lassen. Und wenn die Zuschüsse in den Taschen korrupter Politiker versickern: Dann müsse die Weltgemeinschaft eben noch mehr Geld zahlen.

Auch die grundsätzliche Idee, dass Menschen dankbar sein müssten, wenn man ihnen eine Infrastruktur baut, ist nicht

notwendigerweise der Fall. Afghanen haben Wasserleitungen, Straßen, Stromversorgung hingenommen, in manchen Fällen auch wieder zerstört, weil doch die „Ungläubigen“ es gebaut haben. Aber ein Bewusstsein, diese Infrastruktur nur erhalten zu können, wenn einem auch etwas an ihr liegt, findet man selten.

Viele der ausländischen Maßnahmen wurden nicht nach Maßstäben getroffen, was es in Afghanistan braucht zu einer langsamen Befriedung der Lage und Entwicklung des Landes – sondern nach den Wunschvorstellungen oder politischen Opportunitäten der Geberländer. Entsprechend verpuffen viele Bemühungen, und die in Europa oft geäußerte Forderung, man müsse nur mehr Hilfe schicken, würde nichts ändern. Schon heute fehlt die Infrastruktur, fehlt schlicht das Personal, um mehr Projekte durchführen zu können.

Die falsche Prioritätensetzung vor allem der USA von Anfang an hat das ganze Projekt auf eine Bahn gebracht, die nicht zur Befriedung des Landes führt. Das Deklarieren eines Feindes (Taliban, al-Qaida) durch die Amerikaner hat sich nach kürzester Zeit verselbständigt in den Händen der Afghanen. Es wurde umgewidmet und übersetzt in die latenten Konflikte zwischen Ethnien, Stämmen, Clans, inkorporiert in neue wie alte Fehden, die auch früher schon jede staatliche, zivile Ordnung zersetzten. Die wiederholten Bombardements von tatsächlich rein Hochzeits- oder Trauerfeiern durch die US-Luftwaffe hat den stets gleichen Hintergrund: rachsüchtige afghanische Informanten, die entweder direkt für die US-Streitkräfte arbeiten oder zumindest über derartige Kontakte verfügen, denunzieren ihre lokalen Kontrahenten bei den Amerikanern als Taliban oder Terroristen, bevorzugt zu Zeitpunkten, wenn ihre Gegner gerade ein großes Fest begehen. Kritisiert für diese Bombardements und den Tod Unbeteiligter werden die USA – aber es sind Afghanen,

die ihnen den Weg weisen.

Im achten Jahr nach dem Sturz der Taliban scheint die Situation festgefahren. Je mehr Truppen vor allem die USA ins Land schicken, desto schlechter wird die Sicherheitslage. Afghanistan ist - wieder - zum Dorado für Dschihadisten aus aller Welt geworden, die vom Westen mit Milliarden gepäppelte Regierung ist im Volk kaum weniger unbeliebt als die Talibanbewegung. Und in all diesem Chaos bewegt sich das deutsche Bundeswehr-Kontingent im Norden - vorsichtig, geplagt von immer mehr Anschlägen im Land und einer haarsträubenden Bürokratie im eigenen Verteidigungsministerium, aber zumindest machen sie nicht viel falsch.

Der Krieg der Nato und der USA ist ungewinnbar. Aber es ist auch kein verlorener Krieg, da er sich allen Kategorien von Sieg und Niederlage entzieht. Denn was würde geschehen, wenn die ausländischen Truppen sich aus dem Süden und Osten zurückzögen: Binnen Tagen würden Taliban, Warlords, Mafia-Gruppen die Gebiete übernehmen. Und dann? Außer Gebeten und Verboten haben sie nicht viel zu bieten. Taliban bohren keine Brunnen, bauen keine Straßen, Schulen, Krankenhäuser, schaffen keine Jobs, lindern keinen Hunger.

Aber anstatt sich um eine nationale Versöhnung zu bemühen, hat sich die internationale Gemeinschaft, haben sich allen voran die USA abhängig gemacht von denen, die sie im Winter 2001 als „die Guten“ deklarierten - Afghanistans heutige, vollkommen korrupte, weitgehend unfähige Regierung, die in weiten Teilen weiterhin von der tadschikisch-usbekischen Nordallianz dominiert wird. Minister sehen es als Zeitverschwendung an, die Vertreter der Geberstaaten auch nur zu treffen, auf alle hohen Posten in den Ministerien robbeln sich verlässlich irgendwelche Verwandten und Clanbrüder der Minister, des weiteren Warlords, die ruhiggestellt werden müssen - nur eben keine Verwaltungsprofis.

Die Taliban hingegen haben ein Projekt, etwas, was sie wollen. Ein finsternes, aber: Sie haben eines. Nur, dass dieses Projekt der Rückeroberung der Macht nicht weit über den Tag 1 ihres Erfolges hinausreichen würde. Außer Kämpfen und Beten haben sie wenig zu bieten. Auch für sie gilt das Diktum des bitter geprüften letzten britischen Gouverneurs der pakistanischen Grenzregion, Sir Olaf Caro: „Unlike other wars“, befand er, „Afghan wars become serious only when they are over.“

Je tiefer man sich hineinbegibt in die Wirren des Krieges in Afghanistan, desto skurriler wird das Bild. Die Amerikaner wollen Terroristen jagen, die Taliban die Besatzer ihres Landes vertreiben, die Briten den Drogenanbau bekämpfen, die Deutschen die Rechtssicherheit im Land festigen, die Niederländer nur noch heil wieder rauskommen. Lokale Clans denunzieren mit ihnen verfehdeten Nachbarn als Taliban, im Juli 2008 erschossen australische Soldaten aus Versehen den wichtigsten afghanischen Verbündeten der Niederländer, jede Partei führt ihren ganz eigenen Krieg - und das verbindendste Element schein darin zu bestehen, dass sie aufeinander schießen.

Die ausländischen Truppen können keinen Sieg nach ihrer Definition erringen. Die afghanische Regierung weiß nicht recht, wozu sie überhaupt da ist. Die Taliban bleiben als einzige übrig mit einem genuin afghanischen Konzept, wie dieses Land beherrscht sein sollte: auf vernichtende Art und Weise. Aber sie haben zumindest einen kohärenten Plan und offensichtlich auch den Willen zur Durchsetzung desselben.

Die ausländischen Truppen werden das Kämpfen nicht mehr ewig durchhalten, und entweder wird die neue US-Regierung einen Ausgleich mit den Taliban suchen, sie spalten - oder es wird wenig mehr übrig bleiben, als eine temporäre Spaltung des Landes zu akzeptieren. Solange es den Taliban ver-

wehrt bleiben wird, das ganze Land zu beherrschen, solange es eine inländische Alternative zu ihnen gibt, werden die Menschen die Lage in den Landesteilen vergleichen und mit den Füßen abstimmen. Was sie auch heute schon tun, es sind Zehntausende aus den am härtesten umkämpften Provinzen des Südens in den großen Städte und vor allem in den Norden und Westen gezogen – oder nach Kabul.

Letztlich werden sich die Afghanen entscheiden müssen. Nicht diese Regierung, sondern – das Volk. Besser: seine Stämme, Clans und Ethnien werden sich entscheiden müssen, ob sie fürderhin (wieder) Krieg gegeneinander führen wollen, ob sie sich den Taliban unterwerfen. Oder ob sie sich zusammentun und wehren gegen jene, die ihnen alles außer der Unterwerfung verbieten wollen.

Es gibt Beispiele, Dörfer, die geschlossen zu den Taliban-Kommandeuren geradelt sind, unbewaffnet, und ihnen gesagt haben: Entweder ihr verlasst unser Dorf – oder ihr müsst uns alle umbringen, aber wir wollen euch nicht mehr!

Die Afghanen müssten ihre ewige Missgunst, ihre Unfähigkeit zum Verzeihen, ihr Misstrauen und ihren grotesken Ehrbegriff ablegen, um sich zu einem tatsächlichen Staatswesen durchringen zu können. Geschieht dies nicht, wird die Präsenz auch dieser Interventionsmacht wenige Spuren hinterlassen.

Dies bedeutet nicht, dass alles Tun ausländischer Organisationen vergeblich ist. Nur sollte die handlungsorientierte Frage lauten: Was kann man jetzt tun, um über eine Veränderung der politischen Rahmenbedingungen hinaus gewissermaßen die Saat für eine positive Entwicklung im Sinne von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechten zu legen? Wobei anzufügen ist, dass sich im afghanischen Kontext Ordnung/Rechtsstaatlichkeit und Konzepte von Menschenrechten für das Individuum durchaus widersprechen können.

Die Rechtssicherheit unter den Taliban wird in Teilen Afghanistans gerade deswegen gepriesen, weil sie so rücksichtslos und damit effektiv war. Ein „westliches“ Rechtswesen, das Verfahrensregeln, Rechte der Verteidigung, Einspruchsmöglichkeiten, etc. kennt wird angesichts der grassierenden Korruption als dysfunktional erlebt – was es auch ist.

Aber wenn man sich überlegt, welche Hilfsmaßnahmen und Projekte langfristig etwas am sozialpolitischen Koordinatensystem Afghanistans verändern, sollte man sich einen heutzutage oft vergessenen Aspekt der sowjetischen Besatzungszeit vor Augen halten: Die UDSSR baute in den achtziger Jahren mit immensem Aufwand die Infrastruktur aus (Straßen, Flughäfen, Fabriken, Schulen), ließ jedes Jahr tausende afghanische Studenten zum Studium nach Moskau, St.Petersburg und andere sowjetische Universitäten kommen. Wenig ist davon geblieben, der Krieg gegen die als Besatzer noch weit brutaler auftretenden sowjetischen Streitkräfte hat kaum Raum für eine Akzeptanz der Entwicklungsbemühungen gelassen. Und: Die Sowjets haben die Afghanen, um das alte sozialpädagogische Bonmot zu bemühen, nicht dort abgeholt, wo sie stehen. Es war den afghanischen Gegnern ein leichtes, die sowjetischen Projekte, die Ausbildungs- und Fördermaßnahmen als „gottlos“ zu deklarieren, zumal sich die sowjetischen Experten und Militärs wenig um Akzeptanz bemühten. Es gab eine Elite in Kabul und den anderen großen Städten – so wie es sie heute wieder gibt – die durchaus an einem raschen Aufbau nach westlichem/europäischem Vorbild interessiert war. Aber diese Elite war nicht im Land verwurzelt und zerschmolz regelrecht im folgenden Bürgerkrieg, emigrierte, wurde umgebracht.

Insofern ist es sinnvoll, den Blick auf Projekte zu richten, die auf hohe Akzeptanz der Landbevölkerung stoßen und auch ohne steten Input von außen weiterlaufen. Nach meinen

Erfahrungen vor allem im (ja überwiegenden) ländlichen Bereich jenseits der wenigen Metropolen versprechen die größten Aussichten Projekte die ich unter dem Stichwort „Ermächtigung der Gemeinde“ zusammenfassen möchte: den Menschen überhaupt Möglichkeiten und eine Ahnung davon zu vermitteln, dass sie ihre eigenen Belange durchsetzen können. Dazu gehören:

an vorderste Stelle: der Bau von Schulen. Bildung hat sich innerhalb der vergangenen Jahre durchgesetzt als ein erstrebenswertes Gut überall im Land. Jedes Dorf will Schulen haben, zwar oft mehrere dezentrale (insbesondere, wenn es um Mädchenschulen geht, zur Vermeidung langer Wege), aber die besonders von vielen Mullahs und den Taliban früher geschürte Bildungsfeindlichkeit verficht nicht mehr. In einem Land mit einer Analphabetenrate von über 50 Prozent (auf dem Lande oft eher 80 - 95 Prozent) bedeutet Lese/Schreibfähigkeit eine ungeheure Ermächtigung vor allem gegenüber den religiösen Autoritäten, die oft wenig Interesse daran haben, ihre Deutungshoheit einzubüßen

ein ebenfalls außerordentlich erfolgreiches Projekt ist das „National Solidarity Program“ (NSP), nach dem jedes Dorf aus einem gemeinsamen Etat mehrerer Geberländer eine niedrige fünfstellige Dollarsumme für ein Projekt erhalten kann, über das eine (ggfs. zu bildende) Dorfschura (Dorfrat) befunden hat. Das kann ein kleines Wasser-Stromkraftwerk sein, eine Straße, ein Bewässerungskanal, etc. Clou des Projektes ist, dass sich die Dörfler zusammenfinden und gemeinsam für ein Projekt aussprechen und hinterher auch ihre Arbeitskraft einbringen müssen. Ich habe immer wieder selbst in sehr abgelegenen Gegenden erlebt, wie dieser (oft ein Jahr dauernde Prozess) als Gewinn für die Dorfgemeinschaft erlebt und geschildert wurde. Oft war es das erste

erinnerbare Mal, dass die Dorfgemeinschaft sich ihrer Macht bewusst wurde und nicht wahlweise auf die Autorität eines Mullahs oder eines Milizführers (oder Staatsbeamten) hörte, sondern ihre eigenen Interessen definierte und durchsetzen konnte - oft gegen den Widerstand des Mullahs, der z.B. den Bau einer Straße ablehnte, da „die Gottlosigkeit Einzug halten“ würde

ebenfalls nachhaltig ist die Tätigkeit des „Tribal Liaison Office“. Ich kann die Qualität von deren Arbeit noch nicht beurteilen, da ich sie mir in den Arealen, wo TLO aktiv ist, noch nicht angesehen habe - aber der Ansatz, die dem Kriegsgeschehen zugrunde liegenden, in sehr vielen Fällen lokalen Konflikte zu identifizieren und an Lösungsansätzen zu arbeiten, erscheint erfolgversprechender als eine Ausweitung der Kampfhandlungen. Zumal die Etablierung von Schlichtungsinstanzen von elementarer Bedeutung ist, da Afghanistans Gesellschaft von Fehden durchzogen ist und oft traditionelle Vermittler nicht mehr existieren.